

Inhalt

I.	Ehud Olmert in der Türkei	2
II.	Gül in den USA: "Der Armenier-Entwurf würde unseren Beziehungen ernsthaft schaden"	3
III.	Erste Türkische Frau an der Spitze von TÜSIAD	5
IV.	TÜSIAD - Brookings Projekt: "Türkei 2007"	6
V.	Merkel: "Gute Beziehungen zur Türkei sind zugunsten der EU"	6
VI.	Linden: "Wir müssen unser Versprechen halten"	7
VII.	Türkei will den Strafrechtsparagrafen 301 kippen	8
VIII.	Türkei entdeckt Pfandbrief	9
IX.	Firmennachrichten aus der Türkei	11

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****Februar-I 2007**

I. Ehud Olmert in der Türkei

Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert, der sich für einen offiziellen Besuch in der Türkei aufhält, sagte in einem Interview vor seinem Besuch über die Bedeutung der Türkei, die Türkei könne als ein Land, das auf der einen Seite starke Bindungen zur islamischen Welt hat, sich auf der anderen Seite aber als islamisches Land dem Westen und der Modernität zuwendet, sowohl zwischen der Region und Europa als auch zwischen Israel und der moslemischen Welt zur Gründung von Vertrauensbeziehungen die Funktion einer starken Brücke übernehmen.

Zum Türkei-besuch der Hamas äußerte er, dass sie nicht besonders glücklich darüber gewesen seien. Sie hätten es vorgezogen, wenn es nicht zu einem Treffen gekommen wäre. Es könne zwar Meinungsverschiedenheiten geben, aber zwischen der Türkei und Israel bestehe dennoch ein fundiertes gegenseitiges Verständnis.

In Bezug auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel meinte Olmert, dass sich diese in der Regierungszeit der AKP auf jeden Fall weiter entwickelt haben: „Wir nehmen das Projekt zur Gründung eines Energiekorridors unter dem Mittelmeer zwischen der Türkei und Israel sehr ernst. Wir haben in der Türkei derzeit 150 Firmen. Wenn die türkische Bürokratie es zulässt, sind israelische Firmen bereit, Investitionen in Milliarden Dollar Höhe in der Türkei zu tätigen“.

Bezüglich einer grenzüberschreitenden Operation gegen die PKK sagte Olmert, jedes Land habe das Recht zum Selbstschutz gegenüber Bedrohungen. Im Kampf gegen die PKK und gegen andere Bedrohungen würde die enge Zusammenarbeit zwischen den türkischen und israelischen Sicherheitsorganisationen weiter bestehen.

Erdogan kam mit Olmert zusammen

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan empfing seinen israelischen Amtskollegen Ehud Olmert mit einer offiziellen Zeremonie im Ministerpräsidium. Die beiden Regierungschefs führten ein zweieinhalbstündiges Gespräch unter vier Augen.

In Bezug auf den Palästina-Konflikt erklärte Erdoğan, dass die Einigung zwischen Hamas und Fatah eine Hoffnung auf dem Weg zum Frieden sei, und wies darauf hin, dass das neu gebildete palästinensische Kabinett von Israel und der internationalen Gesellschaft unterstützt werden müsse.

Olmert seinerseits erklärte, dass das palästinensische Kabinett zuerst die von der internationalen Gesellschaft und den den Friedenprozess im Mittleren Osten führenden Vieren vorgelegten Grundsätze, nämlich Verzicht auf Gewalttaten, Anerkennung Israels und vorherige Israel-Palästina-Einigungen, annehmen müsse.

Erdoğan wies darauf hin, dass eine Einigung basierend auf diesen Grundsätzen von Nöten sei, und sagte: „Nach der Bildung des neuen Kabinetts, in dem Hamas die Mehrheit haben wird, werde ich sie nach Ankara einladen. Wir werden diese Themen besprechen. Ich bin voll Hoffnung.“

Olmert sagte in Bezug auf das Thema, ob die Türkei bei den Gesprächen mit Syrien eine Vermittlerrolle spielen könne: „Wir wünschen uns eine Versöhnung mit Syrien und dafür warten wir auf die Unterstützung der Türkei. Hier fällt die größte Aufgabe der Türkei zu, die sowohl mit uns als auch mit den arabischen Ländern gute Beziehungen hat.“

Erdoğan seinerseits betonte, er habe Ansätze gesehen, dass der syrische Führer Baschar Al-Assad die Beziehungen zu Israel ausbauen wolle, und sagte: „Wir werden unser bestes tun und mit Al-Assad zusammenkommen.“

Milliyet

II. Gül in den USA: "Der Armenier-Entwurf würde unseren Beziehungen ernsthaft schaden"

Außenminister Abdullah Gül, der als Gast von US-Außenministerin Condoleezza Rice für einen 6-tägigen offiziellen Besuch in die USA reiste, beantwortete vor seinem Abflug am Esenboğa Flughafen Fragen von Journalisten bezüglich seines Besuches:

Gül wies darauf hin, dass er im Rahmen seines Besuches mit US-Präsident George W. Bush, dessen Stellvertreter Dick Cheney, US-Außenministerin Condoleezza Rice und Stephen Hadley, dem nationalen Sicherheitsberater, Gespräche führen werde. Er werde auch mit Führern des US-Kongresses zusammen kommen. Auf einer Konferenz, die im Rahmen seiner Kontakte in Washington vom Think-Tank-Institut ‚German Marshall Fund‘ veranstaltet wird, werde Gül über die Zukunft der Türkei sprechen und im nationalen Presseklub werde er eine Rede bezüglich der Beziehung zwischen der Türkei und den USA halten.

Gül sagte, er sei überzeugt, dass dieser Besuch eine Gelegenheit zur weiteren Entwicklung des ‚gemeinsamen Visionsdokuments‘ sein werde.

Nach seinen Kontakten in Washington reiste Gül nach New York, wo er mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zusammen gekommen ist.

Außenminister Abdullah Gül, der seine Reise nach Washington angetreten hat, hat mit seinen Kontakten begonnen und nach türkischer Zeit gegen Mitternacht zu allererst mit US Vizepräsident Dick Cheney gesprochen. Im Anschluss daran führte er ein Gespräch mit dem nationalen Sicherheitsberater Stephen Hadley.

In einer kurzen Bewertung nach dem Gespräch sagte Gül, es könnte sein, dass in naher Zukunft in Bezug auf die Erwartungen der Türkei hinsichtlich der PKK bedeutende Entwicklungen stattfinden.

"Der Armenier-Entwurf würde unseren Beziehungen ernsthaft schaden"

Außenminister Abdullah Gül führte ein eineinhalbstündiges Gespräch mit seiner Amtskollegin Condoleezza Rice. Dabei sind die Themen armenischer Entwurf, Terror der PKK, Irak, Iran, Mittlerer Osten, Zypern und Kosovo behandelt worden. Laut Angaben sagte Rice, die Regierung sei mobilisiert, die Annahme des Armenier-Entwurfes im Parlament zu verhindern.

Nach dem Gespräch erklärte Gül im nationalen Presseklub (NPC): „Wir haben kein Problem, uns mit unserer Geschichte zu konfrontieren. Jene Vorfälle ereigneten sich in den Kriegsjahren. In diesem Zeitraum haben auch wir 3 Millionen Bürger verloren. Der Armenier-Entwurf würde unseren Beziehungen ernsthaft schaden. Man darf nicht vergessen, dass die Türkei und die USA seit langem Bündnispartner sind und das auch in Zukunft so bleiben wird. Die Annahme des Entwurfes würde die Beziehungen zwischen den beiden Ländern tief erschüttern.“

Der Sprecher des US-Außenministeriums Sean McCormack erklärte auf einer Pressekonferenz in Anlehnung an das Gespräch zwischen Gül und Rice: „Alle sind sich einig, das PKK-Problem lösen zu wollen. Unschuldige Bürger der Türkei sind bei den von der PKK durchgeführten Terroraktionen ums Leben gekommen. Die Lösung dieses Problems liegt sowohl im Interesse der Türkei als auch des Irak.“

Hürriyet, Milliyet & Aksam

III. Erste Türkische Frau an der Spitze von TUSIAD

Bei der gestrigen 37. Generalversammlung des Verbandes türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) wurde der Vorstand durch Austausch von vier Mitgliedern erneuert. Auf der Sitzung danach wählten die neuen Mitglieder Arzuhan Doğan Yalçındağ zur Vorstandsvorsitzenden. Damit ist sie die erste Frau in der Geschichte von TÜSIAD, die dieses Amt bekleidet. Ihre Stellvertreter sind Pekin Baran, Ferit Şahenk und Ümit Boyner.

Die neue TÜSIAD Chefin ist die Tochter von Aydin Dogan, des Gründers von Dogan Holding, des größten Medienimperiums der Türkei. In der Türkei gebietet Dogan unter anderem über neun Tageszeitungen und sechs Fernsehsender. Daneben hat er vom Stahlwerk bis zum Tankstellennetz andere Geschäfte.

Arzuhan Yalcindag Dogan Arzuhan Dogan Yalcindag ist die älteste Tochter von Aydin Dogan. Yalcindag Dogan hat in Istanbul das französische Gymnasium besucht und später in London studiert. 1990 gründete sie gemeinsam mit der deutschen Firma Quelle ein Versandhaus in der Türkei. Sie war 1993-1995 Vorstandsmitglied der Alternatif Bank, bevor sie dann in Zusammenarbeit mit dem US-Konzern Time-Warner im Jahr 2000 CNN-Türk gründete. Zuletzt leitete sie die TV-Sparte im Dogan Konzern. Verheiratet ist sie mit Mehmet Ali Yalcindag, dem Chef der Dogan Holding.

Die neue Verbandschefin, die sich auch in Frauengruppen engagiert, machte deutlich, dass sich der Verband weiterhin für Demokratie und Rechtsstaat einsetzen werde. In einer Rede betonte Arzuhan Yalcindag Dogan vor wenigen Tagen den Anspruch ihres Verbandes, als überparteiliche Organisation für die Demokratisierung und den Rechtsstaat einzutreten.

Seit Jahrzehnten setzt sich die TÜSIAD für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei ein, nicht immer zum Gefallen der jeweils in Ankara Regierenden. Die TÜSIAD will außerdem unbeirrt von den Irritationen aus Ankara und Brüssel weiter für die EU-Mitgliedschaft der Türkei kämpfen. Mit einer großen Imagekampagne wollen die türkischen Unternehmer ihr Land demnächst den Europäern näher bringen.

IV. TÜSIAD - Brookings Projekt: "Türkei 2007"

Das erste Seminar des Projekts „Türkei 2007“ hat in (13.02.07) Washington stattgefunden. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Verband Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) und ‚Brookings Institute‘ in Washington gebildet. Der ehemalige US-Botschafter in der Türkei und Leiter des Projekts, Mark Parris, leitete die Sitzung, in der auch Fehmi Koru, Kolumnist der Zeitung ‚Yeni Şafak‘, Soli Özel, Außenpolitik-Sprecher von TÜSIAD und Murat Yetkin, Kolumnist der Zeitung ‚Radikal‘ teilgenommen haben.

Das Projekt nimmt eventuelle Bedrängnisse der Türkei im Jahre 2007 und deren Wirkungen auf die USA in die Hand.

Özel sagte auf der Sitzung, dass die Aktivitäten der PKK im Frühjahr zunehmen werden. Diese Situation werde den Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierung erhöhen, eine Aktion gegen die PKK zu starten.

V. Merkel: "Gute Beziehungen zur Türkei sind zugunsten der EU"

Angela Merkel, Bundeskanzlerin von Deutschland, des derzeitigen EU-Ratspräsidenten, erklärte, eine nahe Bindung zwischen der Türkei und der EU wäre für alle von Nutzen.

Merkel bewertete in einem Interview mit der griechischen Zeitung ‚Kathimerini‘ die EU-Mitgliedschaft der Türkei und die Zypern-Frage. In bezug auf die Mitgliedschaft der Türkei führe die EU die vorher getroffenen Abkommen durch, äußerte die Bundeskanzlerin und sagte: „Die Mitgliedschaftsverhandlungen mit der Türkei wurden auf der Grundlage des im Jahre 2005 einstimmig gefassten Beschlusses begonnen. Die Verhandlungen gehen weiter, wobei das Ende offen ist.“

Merkel wies im Thema Zypern darauf hin, dass der derzeitige EU-Ratspräsident Deutschland die zur Aufhebung der wirtschaftlichen Isolationen gegen die TRNZ gefassten Beschlüsse in die Tat umsetzen werde.

"Die EU braucht die Türkei"

Die EU-Kommission und das Europäische Journalisten-Zentrum veranstalteten für Journalisten ein Seminar über türkisch-europäische Beziehungen mit dem Titel "Die EU Verstehen".

Der ehemalige EU-Botschafter Albert Maes und der Experte im Europa-Zentrum für Politik, Antonio Missiroli, hielten einen Vortrag. Maes sagte in seiner Rede, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei ein sehr heikles und wichtiges Thema sei und die türkische Mitgliedschaft sowohl die EU als auch die Türkei verändern werde. „Wenn wir die EU-Mitgliedschaft der Türkei ablehnen, dann können wir Frieden und Sicherheit für Europa nicht gewährleisten. Die Mitgliedschaft der Türkei ist nicht nur deshalb schwierig, weil sie zum grossteil muslimisch ist, sondern auch,

weil sie eine so hohe Bevölkerungszahl hat.“ Er wies weiters darauf hin, dass die Türkei ihre Entschlossenheit im Verhandlungsprozess nicht verlieren solle.

Missiroli seinerseits sagte, das Jahr 2007 werde wegen der Wahlen ein schwieriges Jahr für die Türkei sein und der türkische EU-Mitgliedschaftsprozess werde von Zeit zu Zeit an Schwung verlieren bzw. stockend vorangehen.

Türkiye

VI. Linden: "Wir müssen unser Versprechen halten"

Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, René van der Linden, kam für einen dreitägigen Besuch nach Zypern, um mit türkischen und griechischen Führern zu sprechen.

In einem Interview mit dem türkischen Fernsehkanal NTV betonte Linden, dass eine Lösung der Zypern-Frage von Nöten sei und dies den Interessen beider Seiten dienen werde. Er sagte auch, dass zu allererst die EU ihr Versprechen halten müsse, das Problem unter dem Dach der UNO zu lösen und die EU in diesem Prozess einen Beitrag leistet.

Linden wies darauf hin, dass die Isolationen gegen die Zyperntürken aufgehoben werden müssen und die EU endlich die Zyperntürken in diesem Thema unterstützen müsse.

In bezug auf den türkischen EU-Mitgliedschaftsprozess sagte Linden: „Es ist möglich, dass die Türkei den Eindruck gewonnen hat, dass manche EU-Länder nach einer Ausrede suchten, um sie außerhalb der EU zu halten. Wir versuchen, den diesbezüglichen Eindruck der Türkei zu streichen und das Vertrauen von Ankara zu gewinnen, indem wir uns ihm gegenüber gerecht verhalten.“

"Wir versuchen, eine Brücke für den Frieden zu sein"

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, René van der Linden wurde vom Staatspräsident der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ), Mehmet Ali Talat, empfangen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Gespräch sagte Linden, dass der Zweck des Besuches die Bildung einer Brücke zwischen beiden Völkern auf der Insel sei und dass dieser Besuch auch die Entschlossenheit des Europarates zeige, um beide Seiten zusammen zu bringen.

„Wir haben unsere Ansichten über die Aufhebung der Isolationen gegen die TRNZ dargelegt. Das Endziel für Zypern ist eine umfassende Lösung. Alles andere sind vorübergehende Schritte. Linden hat uns in bezug auf Übergangsschritte zu einer Lösung ermutigt“, sagte Talat.

Türkiye & NTV

VII. Türkei will den Strafrechtsparagrafen 301 kippen

Im Fall des umstrittenen Paragrafen, das eine «Beleidigung des Türkentums» unter Strafe stellt, will die Türkei einlenken. Noch 2007 ist eine Reform geplant.

Die Türkei will den Strafrechtsparagrafen 301, der Verunglimpfung des Staates und «Beleidigung des Türkentums» unter Strafe stellt, noch in diesem Jahr reformieren. Zwar hat die Türkei kein konkretes Datum genannte, wie Premier Tayyip Erdogan am Mittwoch sagte, habe es bereits Gespräche zwischen der Regierung und nicht-staatlichen Organisationen über Reformen gegeben.

Cicek: "Paragraph 301 bestimmt nicht die Tagesordnung des Bürgers"

Justizminister und Regierungssprecher Cemil Çiçek gab nach der Sitzung des Ministerrates Erklärungen bezüglich der Tagesordnung. Auf die Fragen zum Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzes sagte Çiçek: „Der Paragraph 301 ist ein Thema, mit dem sich ein bestimmter Teil der Gesellschaft beschäftigt. Von einzelnen und von Nichtregierungsorganisationen kommen Vorschläge. Die Diskussion wird nach wie vor nicht auf juristischer Ebene, sondern auf politischer Ebene geführt. Ein nicht unbedeutender Teil der Vorschläge wird auch von der Politik bewertet. Aber trotz allem kann eine Regelung getroffen werden, ohne von den fundamentalen Prinzipien abzuweichen.“

Çiçek wies auch darauf hin, dass die Wahlen am 4. November stattfinden werden „solange es keinen gegenteiligen Beschluss gibt.“ Als Çiçek auf die Unterschiede in den Erklärungen von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Generalstabschef Yaşar Büyükanıt bezüglich der kurdischen Gruppen im Nordirak angesprochen wurde, sagte er: „Weder ist der Generalstab eine Alternative für die Regierung noch die Regierung eine Alternative für den Generalstab.“

Erdogan will umstrittenes Gesetz ändern

Der Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die «Beleidigung des Türkentums» unter Strafe stellt, soll nach dem Willen des Ministerpräsidenten Erdogan möglichst bald überarbeitet werden. Das Gesetz ist ein Stolperstein in den Verhandlungen mit der EU.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan will möglichst bald das Gesetz reformieren, das die «Beleidigung des Türkentums» unter Strafe stellt. Es habe bereits Gespräche zwischen der Regierung und nicht- staatlichen Organisationen über Reformen gegeben, sagte Erdogan.

Net Zeitung & Milliyet

VIII. Türkei entdeckt Pfandbrief

Die Türkei hat am 21 Februar 2007 ein Hypothekenbankgesetz verabschiedet. Für den Immobilien- und Kapitalmarkt gehört das Gesetz zu den wichtigsten Neuerungen der vergangenen Jahrzehnte. Damit will die Regierung breiten Bevölkerungsschichten den Eigenheimerwerb ermöglichen. Die türkische Finanzindustrie begrüßt das Gesetz einhellig.

Kernstück der Reform ist ein Covered-Bond- und Verbriefungsgesetz. Damit wurde die Türkei das erste Schwellenland mit einem Gesetz für pfandbriefartige Wertpapiere - und der aktuellste Beleg für die wachsende Beliebtheit dieser urdeutschen Anlageform. So waren 2006 auch in Schweden, Portugal und den USA Covered Bonds auf den Markt gekommen. Die neuen Finanzinstrumente erleichtern es den türkischen Banken, langfristige Hypothekendarlehen zu vergeben und sie in türkischen Lira am Kapitalmarkt zu refinanzieren.

Seit Jahrzehnten arbeitete die Türkei an einem Hypothekengesetz. Größte Hürde waren die instabilen Kapitalmärkte. "Das Finanzsystem war 20 Jahre lang nicht stabil genug für ein Hypothekengesetz", sagt Dogan Cansizlar, Ex-Chef der Wertpapieraufsicht. Das Gesetz werde signalisieren, dass die Wirtschaft jetzt stabil sei. Bankkredite spielen in der Türkei im privaten Wohnungsbau kaum eine Rolle: "Das von Banken finanzierte Volumen der Baukredite liegt bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)", sagte Bahadır Teker, Mitgründer der ersten türkischen Hypothekenbank First Mortgage Finance Company. "Das ist selbst im Vergleich zu anderen Schwellenländern wenig." Er rechnet mit einem Anstieg auf 15 bis 20 Prozent des BIP in fünf bis zehn Jahren. In der EU liegt der Anteil bei 43 Prozent.

Das Gesetz wird zudem den türkischen Banken im Wettbewerb mit ausländischen Rivalen helfen. "Die ausländischen Institute sind bereit, mittel- und langfristige Kredite zu vergeben", sagt Cansizlar. Die heimischen Spareinlagen hielten mit dem Wachstum der Wohnungsbaukredite nicht mit. "Für uns als türkische Bank ohne einen ausländischen Anteilseigner sind Covered Bonds wichtiger als für ausländische Institute", sagte Önder Halisdemir, Assistant General Manager der Vakıfbank. "

Der Markt für Wohnungsbaukredite ist aber einer der größten Wachstumsbereiche für türkische Banken", sagte Tolga Egemen, Executive Vice President der Garantibank, der FTD. "Für die Weiterentwicklung dieses Marktes ist das neue Hypothekengesetz der wichtigste Schritt", so Egemen. Das Gesetz sei wichtig, weil es innerhalb der Türkei keine langfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten gebe, ergänzt Aykut Demiray, Vize-Vorstandsvorsitzender des Branchenprimus İsbank. "Die Spareinlagen haben nur eine Laufzeit von durchschnittlich einem Jahr."

Als wahrscheinlich gilt, dass die Institute zunächst Pfandbriefe den Verbriefungen vorziehen werden. "Das Pfandbriefkonzept wird sehr positiv aufgenommen, da die Darlehen dabei auf der Bilanz bleiben", sagte Cem Azak, Executive bei Barclays Capital. "Die Bilanzgröße ist nach wie vor ein wichtiger Faktor für türkische Banken." Das bestätigen türkische Bankmanager.

"Unsere Priorität besteht darin, unser Aktivgeschäft auszubauen, aber später werden die Verbriefungen in türkischer Lira wichtig sein", sagt Egemen. Er rechnet damit, dass die Garantibank bis Ende 2007 den ersten Covered Bond begibt, spätestens aber 2008. "Das wird von der Volatilität der Märkte und dem Risikoappetit der Anleger abhängen." Auch die Vakıfbank rechnet mit einem schnellen Auftritt. "Wir werden zu den ersten Emittenten gehören, das ist ein sehr heißes Thema für uns", sagt Halisdemir. Nach Verabschiedung des Gesetzes brauche es vier bis fünf Monate, um eine Infrastruktur aufzubauen. In Finanzkreisen ist auch zu hören, dass die Akbank sich für Covered-Bond-Emissionen fit gemacht hat.

Absatzschwierigkeiten bei den Anlegern befürchtet Barclays-Experte Azak nicht. "Die meisten großen Investoren haben Schwellenländer-Portfolios." Für solche Anlegergruppen seien die Covered Bonds interessant, zumal es wenige mit Sicherheiten gedeckte Anleihen aus Schwellenländern gebe. Außerdem habe die türkische Regierung die Anfang 2006 eingeführte Quellensteuer wieder aufgehoben.

Financial Times Deutschland

IX. Firmennachrichten aus der Türkei

Meinl European Land Limited / Fusion/Übernahme/Beteiligung / Meinl European Land erhält Zuschlag für Grundstück in Istanbul



Meinl European Land hat im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag für ein 90.000m² großes Grundstück in erstklassiger Lage mit exzellenter Verkehrsanbindung im asiatischen Teil von Istanbul gewonnen. Der Kaufpreis für das gesamte Grundstück beläuft sich auf rund EUR 100 Mio.

Auf diesem Grundstück plant Meinl European Land ein Einkaufszentrum mit einer vermietbaren Fläche von etwa 50.000m² zu entwickeln. Darüber hinaus verbleibt noch eine beträchtliche Landreserve. Das Investitionsvolumen für das Einkaufszentrum wird inklusive der Kosten für das Grundstück mit etwa EUR 200 Mio. veranschlagt.

Entwicklungspartner für das Projekt ist die Acteeum Gruppe, mit der Meinl European Land im Jahr 2006 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen hat. Auf Basis dieses Kooperationsvertrages entwickelt Acteeum für die Gesellschaft Einkaufszentren und Fachmarktzentren vor allem in der Türkei und der Ukraine.

Die Türkei zählt zu den wichtigsten Investitionsmärkten der Meinl European Land. Mit diesem Projekt hat die Gesellschaft einen wichtigen Meilenstein gesetzt, um ihre Stellung als bedeutender Einzelhandelsimmobilien-Investor in der Region weiter zu festigen.

Der Nettogewinn Akbanks ist durch starke Kreditvergabe gestiegen

Die Akbank erzielte 2006 einen Nettogewinn von 1,6 Milliarden Lira – eine Steigerung um 8,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Trotz immens gestiegener Zinssätze wuchs die Kreditvergabe stark an.

Die Akbank, die zur Sabanci-Holding gehört und an der die Citigroup 20 % der Anteile hält, sagte, dass das Kreditvolumen um 27 % auf 28,3 Milliarden Lira gestiegen sei. Die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen stieg gar um 47 %, so die Bank.

Der starke Anstieg des Kreditvolumens erfolgte trotz eines Anstiegs der Leihzinsen um 4,25 Prozentpunkte im letzten Jahr. Damit sollte die Inflation gezügelt und eine Abwertung der Lira verhindert werden, allerdings führte dies auch zu einer Abschwächung der Nachfrage und des Wirtschaftswachstums.

Die Citigroup erwarb im letzten Jahr ihren 20 % - Anteil für 3,1 Milliarden Dollar.

Pegasus gründet eine neue Fluggesellschaft mit GIG

Türkische Charterfluggesellschaft Pegasus und Georgian Industrial Group (GIG) werden zusammen eine neue Fluggesellschaftfirma in Georgien gründen, so GIG Vorstandsvorsitzender Natia Turvana.

"Die neue Firma wird den georgischen Kunden bezahlbare Preise anbieten. Außerdem bietet Pegasus Airlines Sicherheit auf hoher Ebene, europäische Dienstleistungsstandards und Seriosität", sagte Natia Turnava.

Global Mobile Award für Turkcell



TURKCELL

Die GSM Association vergab am Dienstag, den 13. Februar, zum zwölften Mal die Global Mobile Awards im Rahmen des 3GSM World Congress in Barcelona. Zu den in sieben Kategorien nominierten Unternehmen zählte auch Turkcell.

Von der Jury der GSM Association wurden die TV-Spots der Kampagne nominiert. Turkcell stand auf der Shortlist im Wettstreit mit Kampagnen von Vodafone, bob aus Österreich, Etihad Etisalat aus Saudi Arabien und Ancel aus Uruguay. Turkcell erhielt am 13. Februar mit seiner Kampagne "Turkcell-im" die Verleihung für "Best Broadcast Commercial".

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org